

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 60 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die Lehrlinge

bekommen Ferien

Bekanntlich konnte das Haupttarifamt in seiner Sitzung vom 4. und 5. Januar d. Js. in der Frage der Lehrlingsferien zunächst zu keiner Entscheidung kommen. Es war die Streitfrage entstanden, ob die Ferienregelung des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe auch auf die Lehrlinge Anwendung zu finden habe, was von der Arbeitgeberseite strikte verneint, von der Arbeitnehmerseite ebenso strikte bejaht wurde, wobei beide Seiten hinzufügten, daß das ihre Auffassung schon beim Abschluß des Vertrages gewesen sei. Dem Haupttarifamt schien es deshalb geboten, den Vertragsparteien aufzugeben, in gemeinsamer Verhandlung festzustellen, ob der Reichstarifvertrag ungeachtet dieser Differenz tatsächlich zustande gekommen sei oder nicht. Diese Verhandlung hat am 22. Februar in Berlin stattgefunden. Es wurde die Meinung der Parteien übereinstimmend dahin festgestellt, daß der Vertrag zustande gekommen und als gültig anzusehen ist. Damit war der Weg für die Entscheidung der Streitfrage durch das Haupttarifamt frei gemacht. In seiner Sitzung am 23. Februar 1923 fielte es unter Nr. 14 folgende

grundfähliche Entscheidung:

Auch den Lehrlingen sind Ferien gemäß § 9 des Reichstarifvertrages zu gewähren

Gründe:

Durch § 9 des Reichstarifvertrages ist allen unter diesen Tarifvertrag fallenden Arbeitern grundsätzlich ein Ferienrecht eingeräumt. Wenngleich das Lehrverhältnis in erster Linie auf die Ausbildung des Lehrlings abgestellt ist, so ist doch der Lehrling zugleich „Arbeiter“ (vergl. Ueberschrift zu Titel VII der Gewerbeordnung). Er ist auch als Arbeiter durch § 1 Nr. 3 des Reichstarifvertrages in Verbindung mit § 4 des einen wesentlichen Bestandteil des Reichstarifvertrages bildenden Modells für den Lohn- und Arbeitstarif ausdrücklich anerkannt.

Die Behauptung der Arbeitgeber, daß die Parteien darüber einverstanden gewesen seien, daß nur die Entschädigung der Lehrlinge und kein anderer Punkt für sie im Reichstarifvertrag geregelt werden solle, ist durch die Verhandlung und die Beweisaufnahme vor dem Haupttarifamt nicht erwiesen worden. Es ist im Gegenteil wahr-scheinlich gemacht worden, daß beide Teile — Arbeitgeber wie -nehmer — des Glaubens waren, schon auf Grund des ausdrücklich vereinbarten Inhalts des Reichstarifvertrages ihre Auffassung in der Lehrlingsfrage durchsetzen zu können. Es blieb hier-nach dem Haupttarifamt nur übrig, die Streitfrage nach dem Wortlaut des Reichstarifvertrages zu entscheiden.

Zu übrigen rechtfertigt sich die ergangene Ent-scheidung auch aus sozialen, gesundheitlichen und erzieherischen Rücksichten, die der aufwachsenden Jugend gegenüber geboten sind. Die tarifliche Sicherstellung von Urlaub an Lehrlinge liegt umso-mehr im Interesse der Förderung des Handwerks und gewährleistet umso mehr einen gesunden Nach-wuchs in diesem, als den ungelerten jugendlichen Arbeitern ein tariflicher Urlaub unstrittig zusteht.
Berlin, den 23. Februar 1923.

gez. Dr. Schalhorn, Dr. Caspari,
Sundfeld.

Vorschläge zur Überwindung der Wohnungsnot

Die Frage, wie ist die Wohnungsnot in un-serem Vaterlande zu überwinden, ist nur dahin zu be-antworten: durch den Neubau von Wohnungen in größerer Zahl. Die neuerlich auftauchende Behauptung gewisser Kreise, die gegenwärtige Wohnungsnot erkläre sich nur aus den niedrigen Mietaufjungen, welche die billige Befriedigung eines übermäßigen Wohnbedürfnisses für

ein Butterbrot zuließen, sowie die Prophezeiung, die Wohnungsnot würde mit der Einführung der freien Mietwirtschaft innerhalb kürzester Frist verschwinden, ist zweifellos falsch, denn namentlich die breiten Schichten des deutschen Volkes wohnen heute bereits der-artig zusammengepfercht, daß die schwerwiegendsten ge-sundheitlichen, sozialen, sittlichen und bevölkerungspoli-tischen Gefahren sich ankündigen.

Ueber die Notwendigkeit des Wohnungsbaues ist man sich an den maßgebenden Stellen jedenfalls klar gewesen. Erkenntnis und Wille waren wohl vorhanden, aber die zur Verfügung stehenden Mittel dafür mehr als unzulänglich. Da die gegenwärtige gebundene deutsche Wohnungswirt-schaft, die uns im Prinzip als richtig erscheint, das Privatkapital wegen ungenügender Rentabilität vom Wohnungsbau abhielt, blieb nichts übrig, als den Woh-nungsneubau mit öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Diese öffentlichen Mittel standen bislang schon nicht in ausreichender Höhe zur Verfügung.

I. Die Unzulänglichkeit der zur Finanzierung des Wohnungsbaues zur Verfügung stehenden Mittel.

Soeben hat der Wohnungsausschuß des Reichstages die Erhöhung der Wohnungsbaubgabe, mit deren Hilfe bekanntlich die Finanzierung der Wohnungsbautätigkeit erfolgt, auf 3000 Prozent des Friedensmietwertes be-schlossen. Der Reinertrag dieser Abgabe ist auf zirka 150 Milliarden Mark zu schätzen; damit ist aber bei den beispiellos gestiegenen Baukosten nicht mehr viel zu machen, da sich der Neubau einer Wohnung von zirka 70 Quadrat-meter Grundfläche heute auf zirka 15 Mill. Mark stellt. Die öffentlichen Zuschüsse betragen bisher im allgemeinen etwa das 10fache der Grundfläche (180 Mark Staats- plus 180 Mark Gemeindezuschuß pro Quadratmeter), d. h. ins-gesamt 252 000 Mark pro Wohnung. Als Folge dieser staatlichen Beizuschusspolitik zeigt es sich, daß heute nur noch die wohlhabenden Schichten in die Lage ver-setzt werden, den Staatszuschuß in Anspruch nehmen zu können. Denn jeder Baukünstler muß aus eigenem das 50-60fache des Staatszuschusses hinzutun, um eine Wohnung zu erhalten. Diese Tatsache hat in den weiten Kreisen unseres Volkes eine tiefgehende Missstimmung ausgelöst, da man vielfach den Umstand verkennet, daß ja auch auf diesem Wege eine Entlastung des Woh-nungsmarktes in erheblichem Umfange stattfindet. Un-berührt aber ist natürlich nicht zu verkennen, daß gerade die minderbemittelten Schichten dieser Politik in den alten und schlechten Wohnungen auf die Dauer sitzen bleiben müssen, während sie den wohl-habenden Volksgenossen mit Hilfe ihrer Wohnungsabgabe die Errichtung neuer, geübter Wohnungen erleichtern. Wollte man dieser letzten Schwierigkeit aus dem Wege gehen, so bliebe nichts übrig, als die

Erhöhung der staatlichen Zuschüsse auf die volle Höhe des rentierlichen Bauaufwandes,

d. h. auf zirka 13-14 Mill. Mark pro Wohnung. Und das würde die Erhöhung der öffentlichen Zuschußgrund-sätze auf das 500fache bedingen. Zur Errichtung von 100 000 Wohnungen pro Jahr würde man somit jähr-lich etwa 1 1/2 Billion Mark an Zuschüssen gebrauchen, was die Erhöhung der Wohnungsabgabe, 25 000 Prozent (das 250fache) der Friedensmiete, notwendig machen würde. Oder mit anderen Worten: Für eine Wohnung, die in Friedenszeiten 1000 Mark Mietzins im Jahre erfor-derte, würde man unter Berücksichtigung der heutigen Zu-schläge nach dem Reichsmietengesetz ungefähr 300 000 Mark jährliche Miete zahlen müssen. Eine Erhöhung in diesem Ausmaße scheint jedoch unter den gegenwärtigen Verhält-nissen nicht tragbar.

II. Vorschlag zur Ausgabe wertbeständiger Hypotheken und deren Aufbringung durch die Einführung einer Sparpflicht für Jugendliche

Es erhebt sich nun die Frage, ob zur Finanzierung des Wohnungsbaues neben der Wohnungsabgabe nicht noch andere Mittel zur Verfügung stehen. Ein solches Mittel wäre die Erhöhung des rentierlichen Wertes für die neu zu errichtenden Woh-nungen. Wir haben heute die Tatsache zu verzeichnen, daß die Bewohner neu gebauter Wohnungen mit Garten vielfach weit billiger als die Bewohner der Miet-kasernen wohnen. Bekanntlich sind die nach dem 1. Juli 1918 errichteten Wohnungen sowohl von der Wohnungs-abgabe wie auch von den Bestimmungen des Reichsmieten-gesetzes befreit. Ein derartiger Zustand führt natürlich zu Ungerechtigkeiten und schafft unnothige Bitterungen. Die Schwierigkeit ist aber zu umgehen durch eine An-passung des rentierlichen Wertes der neuen Wohnungen an die in den alten Häusern zu zahlenden Mieten. Bisher sind alle Versuche, eine wesentliche Erhöhung des rentierlichen Wertes vorzunehmen, vor allem an

der Schwierigkeit gescheitert, die zu diesem Zwecke er-forderlichen riesigen Hypothekensummen aufzubringen. Die dauernde Wertentwertung macht eine langfristige Anlage größerer Summen unter dem bisherigen Hypothekenrecht eben fast zur Unmöglichkeit. Um aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen, sind von verschiedenen Seiten Vor-schläge gemacht worden. Am bekanntesten ist der von den Kreisen des rheinisch-westfälischen Bauunternehmer-tums zuerst ausgehende, die Jugendlichen zu-gunsten des Wohnungsbaues einer Son-derbesteuerung zu unterwerfen. Einer der-artigen Lösung wird naturgemäß seitens der Arbeit-nehmerschaft der heftigste Widerstand entgegen-gebracht. Denn hierdurch würden die breiten Arbeitneh-merschichten zu Sonderlasten herangezogen, von denen die Wohlhabenderen, welche die erforderlichen Opfer viel leichter zu bringen imstande wären, frei blieben.

Wohl aber gibt es eine andere Lösung des Problems der Mittelbeschaffung: nämlich die Schaffung wertbe-ständiger Anlagemöglichkeiten in besonderen Sparkassen, aus denen die zur Abdeckung des erhöhten rentierlichen Wertes erforderlichen wertbeständigen Hypotheken dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Um die für diesen Zweck erforderlichen, sehr erheblichen Geldmittel auch laufend herbeizubekommen, ließe sich die

Einführung einer Sparpflicht für Jugendliche

etwa in folgender Weise rechtfertigen: Alle lebigen Jugend-lichen von 16-21 Jahren werden zur Abführung einer Summe, die ihrem jeweiligen Steuerabzug vom Arbeits-lohn entspricht, an Sparkassen verpflichtet. Die Erfassung dieses Geldes erfolgt wie bei der Lohnsteuer. Die Verwal-tung der einkommenden Summen geschieht auf Sonder-konten der öffentlichen Sparkassen.

Für das eingezahlte Geld wird Wert-beständigkeit garantiert. Maßgebend dafür ist der Anrechnungssatz der Reichsbank für Goldmünzen.

In Anbetracht dieses sehr erheblichen Vorteiles genügt ein sehr geringer Zinssatz, nämlich eine Verzinsung von 1 Prozent. — Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß eine derartige Sparanlage einen überaus wertvollen Anlagewert darstellt.

Vor allem bietet die Errichtung einer derartigen Sparmöglichkeit für die Jugendlichen selbst die größten Vorteile. Mancher junge Mann und manches junge Mäd-chen möchte heute sehr gern sparen, um später einmal an die Beschaffung einer einfachen Wohnungseinrichtung oder einer kleinen Aussteuer denken zu können. Doch die starken Wertschwankungen unseres Geldes machen jede Spartätigkeit unmöglich. Dadurch wird schließendlich mancher Jugendliche veranlaßt, bei seinem jeweiligen Einkommen mehr auf Ernährung, Kleidung und Befriedigung anderer augenblicklicher Bedürfnisse zu verwenden, als eigentlich nötig wäre. Die Zukunft aber liegt grau und trübe vor ihm. Er weiß sich eben nicht zu helfen und lebt in den Tag hinein, ohne an die Zukunft viel zu denken.

Von allen einschlägigen Jugendlichen wird vor-stehender Vorschlag deshalb auch mit Freude be-grüßt werden. Und ganz gewiß wird darüber hinaus eine große Zahl freiwilliger Sparer sich dieser Anlagemöglichkeiten für ihr Geld bedienen.

Die technische Durchführung eines derartigen Spar-verfahrens kann kaum größere Schwierigkeiten bereiten. Das Sparskonto würde etwa folgendermaßen aussehen:

Datum	Eingehung (E) oder Aus-zahlung (A) in Papiermark	Umschreibungssatz der Reichsbank 1922 = 1923	in Gold-mark
25./1. 23	E. 100 000.—	25/1. 23 = 3 500.—	35
30./3. 23	A. 50 000.—	30/3. 23 = 5 000.—	10
Bestand 95 000.—			19

Wie erfolgt nun die Verwendung dieser Gelder? Aus den einkaufenden Spargeldern werden zur Finan-zierung des Wohnungsbaues 1 1/2proz. Hypotheken mit Goldklausel und 1/2proz. Tilgung gegeben. Hierbei ist also ein Satz von 1/2 Prozent für die Verwaltungskosten der Sparkasse miteingekalkuliert.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist damit zu rechnen, daß die Mieten in absehbarer Zeit auf unge-fähr dem 100fachen der Friedensmiete stehen werden, und zwar werden die Zuschläge auf Grund des Reichs-mietengesetzes etwa das 50-60fache betragen, dazu kommt dann eine Wohnungsabgabe in Höhe von etwa 4-5000 Prozent (für Berlin sind z. B. 4700 Prozent vorge-schlagen), d. h. eine Wohnung von 70 Quadratmeter Grundfläche mit Garten, die im Frieden etwa 1000 Mark jährliche Miete kostete, wird dann auf etwa 100 000 Mark zu stehen kommen. Da die Bewohner neu gebauter Wohnungen nicht besser gestellt sein brauchen, als die alten Mietskasernen, so werden auch sie pro Jahr 100 000 Mark aufwenden können. Unter der Voraussetzung eines

Zinssatzes von 1 1/2 Prozent und einer 1/2proz. Amortisation würden diese 100 000 Mark zur Verzinsung und Amortisation eines Kapitals von 5 Mill. Mark ausreichen. In dieser Höhe wäre zurzeit somit der rentierliche Wert der Neubauten festzusetzen.

Aus den wertbeständigen Spargeldern wäre also eine erste Hypothek von 5 Millionen Mark auf jede Wohnung herzugeben.

Tritt nun eine weitere Selbentwertung ein, so erhöht sich entsprechend dem Umrechnungskurs der Reichsbank auch der Wert der ersten Hypothek und dementsprechend auch die jährlichen Zinsaufwendungen. Aber gleichzeitig steigt ja auch die Miete in den alten Häusern, einmal infolge der Erhöhung der Zinssätze nach dem Reichsmietengesetz, zum anderen aber infolge der Anpassung der Wohnungsabgabe an die Geldentwertung. (In dem neuesten Entwurf der Reichsregierung vorgesehen.) Sollte der Wert des deutschen Geldes aber steigen, so ist die Folge eine Minderung der Belastung. In jedem Falle also paßt sich die erste Hypothek und die jährliche Aufwendung dafür der Leistungsfähigkeit des Mieters an.

Somit erscheint also der einzelne Mieter der neuen erbauten Wohnungen als der eigentliche Garant der Wertbeständigkeit der Hypotheken und auch der eingezahlten Spargelder. Da ist natürlich die Frage sehr eingehend zu prüfen, ob er auch auf die Dauer hierzu in der Lage sein wird. In den Kriegsjahren war eine städtische Arbeiterwohnung in bescheidenstem Ausmaße kaum unter 100 Dollar im Jahr zu haben. Demgegenüber erfordert die gleiche Wohnung heute unter Annahme einer 10fachen Friedensmiete im ganzen Jahre kaum 2 Dollar, also knapp den 50. Teil der Friedensgoldmiete. Mühte der einzelne Arbeiter in der Vorkriegszeit 1/2 bis 1/3 seines Gesamteinkommens auf die Befriedigung des Wohnbedürfnisses verwenden, so genügen heute, trotz des gesunkenen Realeinkommens, circa 2 bis 3 Prozent seines Verdienstes. Nun ist aber die Wertbeständigkeit gesichert, wenn nur die gegenwärtige 100fache Friedensmiete in ihrem Goldwerte (also 2 bis bestenfalls 4 Dollar im Jahre) auf die Dauer festgehalten werden kann. Dieser Satz ist aber in der Tat so geringfügig, daß in seiner bauernden Ausbringungsmöglichkeit kaum gezweifelt werden kann.

Zum Schluß ist noch die Frage zu prüfen, ob auf dem Wege über dieses Sparverfahren die Ausbringung der sehr beträchtlichen Hypothekensummen zu erwarten ist. Nehmen wir ein jährliches Bauprogramm von 50 000 Wohnungen an, so würden damit 250 Milliarden Mark Spargelder zur Abdeckung der je 5 Mill. Mark betragenden Hypotheken notwendig. Die 5 Jahresklassen der 17-21jährigen Deutschen umfassen circa 3,2 Millionen Männer und circa 3,6 Millionen Frauen, von denen vielleicht die Hälfte nicht für die Sparpflicht in Betracht kommt. Beziffern wir das Durchschnittsjahreseinkommen der jugendlichen Männer auf 1 1/2 Mill. Mark (50 Dollar), das der jugendlichen Frauen auf 1 1/4 Mill. Mark (50 Dollar) und setzen wir den wirklich eingehenden Betrag der Spargelder auf 6 Prozent des Gesamteinkommens an, so würden folgende Summen der Sparkasse zuzuführen:

1. von den 1,6 Mill. jugendl. Männern	144 Milliarden Mark
2. „ „ „ 1,8 „ „ „ Frauen	135 „ „
Ca. 279 Milliarden Mark	

Damit wäre also bereits die erforderliche Summe überschritten und ein erheblicher Betrag von mehr als 10 Prozent für Rückzahlungen gesichert, der sich infolge der später eintreffenden freiwilligen Sparsparbeit wohl noch beträchtlich vergrößern dürfte.

III. Weitere Vorschläge zur Mittelbeschaffung.

Dieser oben gezeigte Weg reicht allein natürlich zur Finanzierung eines umfangreichen Bauprogramms nicht aus. Es müssen also noch weitere Finanzierungsmöglichkeiten gesucht und gefunden werden. Wir gingen davon aus, daß die Baukosten einer Wohnung circa 15 Mill. Mark betragen. Die Deckung dieser Kosten wäre etwa folgendermaßen vorzunehmen:

1. Hypothek aus den wertbeständigen Spargeldern	5 Mill. Mark
2. Öffentl. Zuschuß aus den Mitteln der Wohnungsabgabe	6 „ „
3. Öffentl. Zuschuß aus einer Sonderbelastung der Arbeiter	1 „ „
4. Beihilfung der Baukosten durch öffentliche Maßnahmen	3 „ „
Ca. 15 Mill. Mark	

Zur Überwindung der Wohnungsnot müssen wir zur jährlichen Erbauung von 100 000 Wohnungen kommen. Im laufenden Jahre ist dieses Ziel wegen technischer Schwierigkeiten jedoch nicht zu erreichen. Begnügen wir uns deshalb vor der Hand mit der Ausbringung eines Bauprogramms von etwa 50 000 Wohnungen, das aber auch tatsächlich durchgeführt werden muß. Hierfür wären dann erforderlich:

1. 250 Milliarden Mark Spargelder, deren Ausbringungsmöglichkeit oben bereits nachgewiesen wurde.
2. Bei einem Zinssatz von 6 Mill. Mark pro Wohnung kämpe bei dem vorgesehnen Bauprogramm 50 000 Wohnungen pro Jahr die Wohnungsabgabe 300 Milliarden Mark im Jahre erbringen, d. h. ihre Erhöhung auf 600 Prozent der Friedensmiete wäre erforderlich. Eine Erhöhung in diesem Ausmaße entspricht durchaus dem Regierungsentwurf, der zur Zeit eines Dollarkurses von 6-7000 Mark die Erhöhung der Wohnungsabgabe auf 1500 Prozent und ihre weitere Steigerung entsprechend der Geldentwertung vorgesehen hatte. Vorgewanter Satz dürfte auch die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hinsichtlich der dadurch notwendig werdenden Lohnerschöpfung nicht übersteigen. Es würde bedeuten, daß auf der Arbeiterseite eine Wohnungsabgabe in Höhe von etwa 10-12 Mark, also in Höhe von 1-2 Prozent des Arbeitslohnes liegen würde.

3. Die Heranziehung der Arbeitgeber zur Finanzierung des Wohnungsbaues ist seit langem gefordert, aber bisher noch nicht mit Erfolg durchgeführt worden. Die bisherigen Anläufe (z. B. § 9a Preussisches Kommunalabgabengesetz) scheiterten vor allem an der Kompliziertheit der erlassenen Bestimmungen. Eine verhältnismäßig einfache Lösung bildet hier die Auflegung einer Sonderabgabe auf die Arbeitgeber in Höhe von 1/2 Prozent der von ihnen gezahlten Lohn- und Gehaltssummen. (Circa 1 Stundenlohn pro Arbeitnehmer und Monat.) Das Aufkommen daraus wäre jährlich auf mindestens 50 Milliarden Mark zu schätzen, woraus ein Zuschuß von 1 Mill. Mark für jede neu zu errichtende Wohnung zu gewähren wäre.

4. Durch staatliche Maßnahmen bezüglich der Baustoffbewirtschaftung wäre zweifellos eine Verbilligung der Bautätigkeit um circa 3 Mill. Mark pro Wohnung zu erzielen. Der Beweis dafür ist schon allein hinsichtlich des Bauholzes in der Denkschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Staatliche Hilfe gegen den Holzwucher“ erbracht worden.

Zusammenfassend ergibt sich somit, daß es mit Hilfe dieser 4 geforderten Maßnahmen ohne allzu große Schwierigkeiten möglich ist, einen entscheidenden Schritt vorwärts in der Bekämpfung der Wohnungsnot zu tun. — e.

Die Not der Gewerkschaften

Bei der zunehmenden Verarmung unseres Volkes ist es nicht zu verwundern, daß auch die Lage der Gewerkschaften immer schwieriger wird. Dazu befinden wir uns seit Monaten in einer rückläufigen Wirtschaftskongunktur, die schon Tausende deutscher Arbeiter auf Pfahle geworfen hat und nach dem Vorbilde Oesterreichs noch größeres Unheil anzudeuten droht. Kein Zweifel, daß gerade in solchen Perioden Gewerkschaften notwendiger denn je sind, aber auch keine Täuschung, daß die Entwicklung der letzten Jahre und Monate an dem Marke ihrer Kraft gezehrt hat. Neben einem vielfach beobachteten durch eine gewisse Gewerkschaftsmüdigkeit hervorgerufenen Rückgang der Mitgliederzahlen, ist es vor allem die Entwicklung der Kassenverhältnisse, die den Gewerkschaften Sorge bereitet und in einzelnen Verbänden bereits zu weitgehenden Einschränkungen geführt hat.

Was die Lage unseres Verbandes anlangt, so können wir mit Befriedigung feststellen, daß wir allen Zeitnöten zum Trotz unsere Position nicht bloß gehalten, sondern darüber hinaus noch haben ausbauen und befestigen können. Das gilt vor allem hinsichtlich unserer zahlenmäßigen Entwicklung. Als wir im vergangenen Sommer mit Genugtuung feststellen konnten, daß endlich die Sechzigtausend überschritten waren, da stellten wir uns die Aufgabe, an deren Erfüllung damals mancher gewiß nicht geglaubt haben mag, diese Zahl über den bevorstehenden Winter hinweg zu halten, um so für das kommende Baujahr einen solchen Untergrund zu besitzen, von dem aus zu den 75 000 vorzustößen wäre. Erfreulicherweise scheint sich diese Hoffnung erfüllen zu sollen. Trotz des in den letzten Monaten eingetretenen starken Rückganges der Bautätigkeit beträgt die Mitgliederzahl nach der Arbeitslosenstatistik für Januar noch einige Hundert über 60 000!

Weniger hoffnungsvoll ist die finanzielle Entwicklung. Gewiß, das Verbandsvermögen ist gestiegen, rein zahlenmäßig betrachtet sogar erheblich gestiegen. Aber die riesige Geldentwertung und die damit verbundene Steigerung aller Ausgaben schrauben den Erfolg um ein gewaltiges zurück. Mehr noch und schwerer als das einzelne Mitglied leidet jede Gewerkschaft unter der fortschreitenden Geldentwertung. Auf den einzelnen wirkt sie lediglich in der Richtung ein, daß die Löhne nur in unzureichendem Maße und dazu zu spät der Geldentwertung folgen. Wie hierdurch der Haushalt des einzelnen Kollegen in Unordnung gerät, so auch der der Gewerkschaft; denn ein beträchtlicher Teil ihrer Einnahmen wird doch sofort zu Ausgaben vermandt, die — wie Druck-, Papier- und Reisekosten, Spesen usw. — sich unmittelbar der Linderung anpassen. Aber mehr noch! Wenn auch der Verbandsbeitrag entsprechend der jeweiligen Höhe des Stundenlohnes gezahlt wird, so bringt es das Tilgungstempo der Geldentwertung doch mit sich, daß diese Anpassung oftmals erst recht verspätet erfolgt. Und wenn dann noch die von den Mitgliedern hereingeholten Beiträge wochen- und monatelang — wie es oftmals vorkommt — bei den Hausstärkern und in den Ortsgruppen und Verwaltungsstellen herumliegen, dann ist es kein Wunder, wenn der Verband mit dem inzwischen zu 50 oder 75 Prozent entwerteten Gelde nicht mehr viel anfangen kann.

Alle diese Momente treffen in gleichem Maße alle Verbände, unseren Verband nicht ausgenommen. Und hierin ist in der Tat der Hauptgrund für die finanziellen Bedrangnisse der Gewerkschaften zu finden. Gebe man sich dieserhalb keinen Illusionen hin. Das Verbandsvermögen ist bei uns wie bei anderen dadurch in seinem Realwert so geschwächt, daß schon einige mittlere Bewegungen die ernstesten Folgen zeitigen können. Dazu sind wir über

diesen Glanzwinter noch nicht hinweg. Noch können durch die Witterungsverhältnisse Tausende von Kollegen arbeitslos auf der Straße liegen, die dann nicht bloß ihre Unterstützung vom Verbandsbeziehen, sondern auch mit ihren tausenden Beiträgen ausfallen. Dazu wissen wir nicht, wie die Ruhraktion bei längerer Dauer sich auswirken wird, und ebenso wenig können wir heute schon überschauen, wie das kommende Baujahr sich gestalten wird. Hinsichtlich des letzteren erhoffen wir ja auf Grund der letzter Beschlüsse des Reichstages eine gewisse Belebung, aber dahinter steht doch immer unsere gefährliche Gesamtlage.

Aus all dem ergibt sich für uns alle die unausweichbare Pflicht, mit allen Kräften darauf zu trachten, die finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Verbandes in diesen Zeiten der Not ungehindert zu erhalten. Zu diesem Behufe aber gilt es, alle Mittel und Wege zu erwägen, die uns dazu dienlich und förderlich sein können. Zweierlei Art können die hier zu ergreifenden Maßnahmen sein. Zunächst nach der positiven Seite: Hier ist das wirksamste Mittel immer noch eine gewissenhafte und pünktliche Beitragszahlung nach unserem alten Grundsatz: „Ein Stundenlohn als Wochenbeitrag.“ Es muß noch viel nachdrücklicher, als es bisher vielfach geschah, auf die wörtliche Befolgung dieses Grundsatzes Wert gelegt werden. Die Anpassung des Wochenbeitrages an die jeweilige Lohnerhöhung muß so schnell durchgeführt werden, wie es sich technisch eben einrichten läßt. Daneben aber muß die Einwendung der hereingeholten Gelder an die Hauptkasse unter allen Umständen beschleunigt werden. Gerade in dieser Hinsicht ruht auf unseren Kassierern eine große Verantwortung, der sie sich voll bewußt sein müssen. Auch die Vorstände haben die Pflicht, sich hierum nachdrücklich zu kümmern. Es sind die schwer erarbeiteten Gelder unserer Kollegen, die so durch dieses überflüssig lange Herumliegen zu einem beträchtlichen Teile entwertet werden. Jeder Tag, an dem das Geld überflüssig von der Zentralkasse zurückgehalten wird, bedeutet geradezu einen Diebstahl an dem Eigentum unseres Verbandes, bedeutet eine Schwächung seiner Kampfkraft, die jeder einzelne Kollege einmal bitter empfinden kann.

Neben diesen Maßnahmen, deren strikte Befolgung nunmehr aber auch dem letzten Kollegen in Fleisch und Blut übergehen muß, sind auch noch andere Mittel und Wege möglich, die jetzt ernsthaft ins Auge gefaßt werden müssen. Die Aufrechterhaltung der finanziellen Schlagkraft des Verbandes ist das Entscheidende, dahinter haben alle anderen Erwägungen zurückzutreten. Und so werden wir wohl auch um mancherlei Einschränkungen in unserer Verwaltung nicht herumkommen, die aus einer höheren Einsicht heraus eben zeitweilig getragen werden müssen. Das erfordert natürlich von den Kollegen eine erhöhte Bereitschaft zur Mitarbeit. Mancherlei Arbeit, die bislang von freigestellten Kollegen geleistet wurde, wird jetzt von den Kollegen im Arbeitsverhältnis bewältigt werden müssen.

Eine Einschränkung wird auch hinsichtlich unseres Organs, der „Baugewerkschaft“, kaum zu vermeiden sein. Während der Kilopreis für Zeitungsdruckpapier noch vor einem Monat 632 \mathcal{M} betrug, kletterte er Ende Januar infolge des schamlosen Wuchers der Fortschritter und Papierfabrikanten auf 1170 \mathcal{M} , um in den allerletzten Tagen eine weitere Erhöhung auf 1625 \mathcal{M} zu erfahren. Das bedeutet, daß uns das Papier für eine einzige Wochenauflage der „Baugewerkschaft“ auf 1520 000 \mathcal{M} zu stehen kommt. Rechnet man dazu noch die riesigen Versendungskosten, die ebenfalls beträchtlich gestiegenen Ausgaben für den Druck, ferner die Aufwendungen für Redaktion und Verpackung, so kommt man auf Kosten von circa 2 1/2 Millionen Mark, die eine einzige Wochenauflage der „Baugewerkschaft“ verschlingt. Oder mit anderen Worten, ein einziges Exemplar unserer Zeitung stellt sich auf circa 40 \mathcal{M} ! Angesichts dieser Preisentwicklung und im Hinblick auf die Gesamtfinanzlage des Verbandes konnte der Hauptvorstand nicht umhin, die Frage zu prüfen, ob es bei der bisherigen Erscheinungsweise des Blattes verbleiben kann oder ob der Uebergang zur vierzehntägigen Erscheinungsweise gewählt werden muß. Die endgültigen Beschlüsse werden an dieser Stelle noch mitgeteilt. Sollte sich die Einschränkung nicht vermeiden lassen, so dürfen wir wohl annehmen, daß sie als aus der Not der Zeit geborene Maßnahme willig hingenommen und alles getan wird, daß daraus nicht ein Schade für den Verband erwächst. Sobald wieder günstigere Verhältnisse Platz greifen, würde die alte Erscheinungsweise natürlich wieder eingeführt werden.

Und daß diese günstigeren Verhältnisse recht bald eintreten, ist ja unser aller Hoffnung. Sie oben ausgeführt, beruht die Finanzsalamität der Gewerkschaften vor allem auf dem dauernden

Davonrennen unseres Geldwertes. Sollte es der Regierung gelingen, tatsächlich eine gewisse Stabilisierung unserer Mark zu erreichen — und die Pluspunkte dazu scheinen ja im Augenblick nicht gerade ungünstig —, sollten wir zunächst nur einmal mehrere Monate lang ruhigere Geldverhältnisse bekommen, so wäre damit für die Finanzlage der Gewerkschaften schon sehr viel gewonnen. Dann wird unser bewährter Grundsatz „ein Stundenlohn als Wochenbeitrag“ wieder seine volle, die Kampfkraft unseres Verbandes erhaltende Kraft zurückgewinnen.

Solange dem aber noch nicht so ist, gilt es eben, sich nach der Decke zu strecken. Jetzt ist unsere Lösung, die Erhaltung der ungeschwächten Kampfkraft unseres Verbandes und seine Hinüberrettung über die Tage unserer größten Not, uns selbst, unseren Familien und unseren Nachkommen zum Nutzen!

Warum wurde das Ruhrgebiet besetzt?

Frankreich behauptet, wegen Verfehlungen Deutschlands in der Zwangslieferung von Kohlen und Holz. Das ist natürlich nur ein vorgeschobener Grund. In Wahrheit legt Frankreich mit dem Zugriff auf das Ruhrgebiet nur die alte französische Politik fort, die es seit Ludwig XIV. ständig beherrscht hat, nämlich Deutschland durch Zerlegung in seine Einzelbestandteile dauernd in Ohnmacht zu halten und dann nach Willkür mit ihm anzupringen. Was die „absichtliche“ Verfehlung Deutschlands in der Kohlenlieferung betrifft, so mögen die Tatsachen sprechen. Nach den Angaben des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats sind seit September 1919 folgende Brennstoffmengen an Frankreich geliefert worden:

	Steinkohle ¹⁾ t	Braunkohlen- Briketts t	Insgesamt t
Sept. 1919—März 1920	4 036 940	265 110	4 302 050
Geschäftsjahr 1920/21	17 441 615	1 159 682	18 601 297
April 1921	1 533 255	39 638	1 622 893
Mai 1921	1 478 656	28 494	1 507 150
Juni 1921	1 386 682	29 083	1 415 765
Juli 1921	1 260 284	26 470	1 286 754
August 1921	1 502 897	26 226	1 529 123
September 1921	1 548 798	42 061	1 590 859
Oktober 1921	1 528 586	60 077	1 588 663
November 1921	1 365 462	78 749	1 444 211
Dezember 1921	1 260 707	79 142	1 339 849
Januar 1922	1 518 424	87 988	1 606 412
Februar 1922	1 229 369	28 053	1 257 422
März 1922	1 616 105	24 490	1 640 595
Geschäftsjahr 1921/22	17 279 225	550 471	17 829 696
Insgesamt	38 757 780	1 975 263	40 733 043

Es sind demnach bis März 1922 fast 39 Millionen Tonnen Steinkohle einschließlich Koks und annähernd 2 Millionen Tonnen Braunkohle, insgesamt also über 40 Millionen Tonnen Brennstoffe geliefert worden. Für den Rest des Jahres 1922 liegen die genauen Zahlen noch nicht vor. Die abgelieferte Menge in diesem Zeitraum dürfte jedoch mit 10 Millionen Tonnen nicht zu hoch gegriffen sein.

Der „Bergknappe“, das Organ des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, stellt die Ursachen fest, weshalb die Kohlenanforderungen der Entente nicht reiblos durchgeführt werden konnten. Die Schuld trifft diese ganz allein und hier wieder vornehmlich Frankreich. Namentlich auf französisches Betreiben hin wurden uns vier Fünftel der oberirdischen Kohlenproduktion geraubt. Trotzdem wurden von Deutschland nicht nur dieselben, sondern sogar erhöhte Kohlenlieferungen verlangt. Weiter wurden geradezu schlaubeisige Anforderungen an die Qualität der Kohlen gestellt. Nur hochwertigste Produkte wurden uns abgenommen und nicht die Kohlen, wie die Entente liefert. Trotzdem sind fast 90 Prozent des Lieferungsplans erfüllt worden.

Es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß damit die Leistungsfähigkeit Deutschlands bei weitem und, so fügen wir hinzu, absichtlich überpannt war. Der „Bergknappe“ belegt das in einzelnen: „Die Gesamtförderung des Ruhrgebietes betrug im dritten Vierteljahr 1922 2,46 Millionen Tonnen. Nach Abzug des Selbstverbrauches der Zechen bleiben also rund 22 Millionen Tonnen zur Verteilung. Die Förderung der Entente mit 4 032 700 Tonnen beträgt daher fast ein Fünftel der gesamten, uns zur Verfügung stehenden Menge an Kohlen. Mit anderen Worten ausgedrückt, mußte fast ein Fünftel der gesamten Leistung oder die volle Arbeit von 110 000 Bergleuten ohne jede Entschädigung im Ruhrgebiet abgetreten werden, während unser Volk die ungeheuren Summen für den Lohn der darauf verjahrenden mehr als 700 000 Schichten und die hohen Materialkosten aufbringen mußte. Wie gesagt, handelt es sich dabei lediglich um Leistungen des Ruhrgebietes, also immerhin um nur einen Teil der gesamten Leistungen.“

„Wir haben“, so schließt der „Bergknappe“ seine objektiven Darlegungen, „für viele Milliarden ausländische Kohlen einführen müssen, um unser Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten. Wenn wir trotzdem mengen- und jorkenmäßig fast 90 Prozent des verlangten Solls im Ruhrrevier geliefert haben, so zeigt das sicherlich das ehrliche Bemühen, selbst über unsere Kraft hinaus den aufgezwungenen

Am 3. März 1923 ist der neunte Wochenbeitrag für das Jahr 1923 fällig.

Vertrag zu erfüllen. Wir dürfen deshalb ruhig annehmen, daß die Dinge bei der Holzlieferung ähnlich liegen, daß auch da trotz des offiziell festgestellten Verschuldens, Deutschland keine Schuld trifft.“

Allgemeine Rundschau

Lebensmittelpreise und Einheitsfront

Der „Deutsche Gewerkschaftsbund“ hat an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft folgende Eingabe gerichtet:

„Die Preisgestaltung der unentbehrlichsten Lebensmittel — Brot, Fett, Fleisch und Milch — sind geeignet, ernsthafte Sorgen auszulösen. Es bedarf keines Beweises, wie sehr die Widerstandskraft und der Widerstandswille zunächst im neubesetzten Gebiet, dann aber auch im übrigen Deutschland von der Möglichkeit ausreichender Ernährung zu erschütternden Preisen abhängt. Ebenso unstrittig ist, daß die innere Treue der Bevölkerung zur geschlossenen Abwehr nicht schwerer geschädigt werden kann, als durch eine Entwicklung der Preise, die den Verdacht unzulässiger Gewinne heraufbesorbert.“

Der „Deutsche Gewerkschaftsbund“ richtet deshalb als einer der Hauptträger des Widerstandes im Ruhrgebiet an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft das ganz dringliche Ersuchen, mit größter Beschleunigung und stärkstem Nachdruck auf diesem Gebiet regeln einzugreifen. Wir anerkennen die teilweise Abhängigkeit der Lebensmittelpreise vom Devisenstand sowie die Berechtigung der gegenwärtigen Gesamtlage angemessenen Verdiensthuppen und halten deshalb eine Einwirkung auf Erzeuger und Händler allein nicht für geeignet. Ausgehend von der Tatsache des uns aufgezwungenen Abwehrkampfes, erscheinen uns Maßnahmen des Reiches erforderlich, um durch Übernahme eines Teiles der Gestehungskosten einen Preis zu ermöglichen, der beruhigend wirkt und die Ernährung der großen Masse unseres Volkes sicherstellt.

Nicht unterlassen möchten wir, ganz nachdrücklich nochmals zu betonen, daß größte Eile erforderlich ist, wenn der gewollte innenpolitische Zweck, Stärkung des Abwehrkampfes, erreicht werden soll.

„Blutapfelsinen.“

Der Gelbe von gestern ist der Kommunist von heute, und der Kommunist von heute wird der Gelbe von morgen. Dieser Zusammenhang ist so klar, daß man gar nicht darüber zu reden braucht, wenn nicht die eigenartige Tatsache bestände, daß diese Elemente zum weitesten Teil sich aus den „freien“ Gewerkschaften rekrutieren. Die sozialistische „Metallarbeiterzeitung“ (Nr. 50, 1920), die darin doch sicher genau orientiert ist, gibt, wie wir unserem Bruderorgan, dem „Deutschen Metallarbeiter“ entnehmen, darauf eine Antwort, die zugleich eine Beurteilung der eigenen radikalen Tendenzen ist. Sie schreibt:

Die Massen, die am weitesten links angelangt sind, werfen sich der Bourgeoisie in die Arme. Das Wiedererscheinen der Gelben bestätigt die Formel vom Kreislauf. Es ist durchaus kein Zufall, daß auffallend viele der radikalen Schreier im gelben Sumpf untertauchen.

Und dann geht es wie eine Selbstanklage durch die Zeilen der „Metallarbeiterzeitung“:

Die Sprache feiert wahre Orgien... die enttäuschten Arbeitermassen wurden schmächtig mißbraucht. Die Aktivität der Massen geriet sich in öden Streitereien...

Versprechungen auf Versprechungen wurden gehäuft und die Massen am Narrenseil herumgeführt.

Wer wundert sich noch, daß nach solchen Erziehungsmethoden die gelbe Sumpfpflanze heute wieder üppig ins Kraut schießt! Vernünftige Arbeiter ziehen aus dieser Tatsache ihre Konsequenzen und schließen sich den christlichen Gewerkschaften an, wo zwar weniger der Wortradikalismus, desto mehr aber die positive Arbeit für die Interessen der Arbeiter geschieht wird.

Kindereleid im Ruhrgebiet

Das Kindereleid ist nie so stark in die Erscheinung getreten wie im letzten Jahre. Es ist eine bittere Anlage für jene Gewaltpolitiker, die in ihrer Brutalität die lebenden und neugeborenen Kinder verhungern lassen. Die groß das Kindereleid ist, das geht aus den amtlichen Mitteilungen hervor. Die Schulärzte in 24 preussischen Regierungsbezirken haben festgestellt, daß bis zu 50 Prozent der Schulkinder in den Städten unterernährt sind. Die Zunahme der Erkrankungen an Tuberkulose und Lungentzündung wird ebenfalls gemeldet. Doch nicht allein die Schulkinder sind von diesem Elend betroffen; auch die neugeborenen Kinder werden in zunehmendem Umfange von diesen Krankheiten heimgesucht. Die Stadt Essen hat darüber, wie der „Bergknappe“ mitteilt, genaue Angaben gemacht. Von 100 gestorbenen Kindern unter einem Jahre starben an

	1915	1921	1922
Tuberkulose	0,4	1,0	2,2
Lungentzündung	5,2	7,3	19,1
Influenza	—	1,7	2,3

Diese Angaben der Stadt Essen lassen einen Schluß zu für die übrigen Städte des Ruhrreviers. Die armen neu-

geborenen Kinder sind demnach von der Tuberkulose und Lungentzündung dahingerafft worden. Die Ursachen dieser Krankheiten sind durch die Mangelernährung, den Vitaminmangel und die Wohnungsnot hervorgerufen. Das Fehlen der notwendigen Leib- und Bettwäsche wird ebenfalls zu einem großen Teil mit dazu beigetragen haben.

Daß die militärische Besetzung dieses Kinderelend noch vergrößern wird, steht außer jedem Zweifel. Die Ansprüche und Forderungen der Besatzungstruppen bürgen dafür. Im altbesetzten linksrheinischen Gebiet wurden beispielsweise vom Herbst 1920 bis zum Herbst 1922 eingerichtet: 1400 Salons, 2800 Herrenzimmer, 5000 Speisezimmer, 10300 Schlafzimmer, ferner 180 Klammobelgarnituren, 2900 Klubsessel, 6360 Korbfessel, 2100 Polstermöbelgarnituren und 1400 Polstersessel.

Die Anforderungen an Bettzeug, Leinen und Bettfedern waren noch weit größer. Nachstehende Mengen wurden verbraucht: 450 000 fertige Bettlaken, 680 000 Meter Bettuchstoff, 148 000 fertige Kissenbezüge und 16 000 Meter Stoff dazu, 37 000 Kilogramm Bettfedern. Dazu kommen noch 11 600 gefüllte Kopfkissen, 11 800 Steppdecken und andere Einrichtungsgegenstände. Die gewaltigen Ansprüche für die Einrichtungen der Offizierkasinos usw. sind dabei noch unberücksichtigt geblieben.

Erstensive Bodenvirtschaft

„Wirtschaft und Statistik“, das Organ des „Statistischen Reichsamts“, bringt in Nr. 19 eine vergleichende Uebersicht über die deutsche Anbaufläche. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir nach dem Verlust wichtiger Uebersehungsprovinzen, wie Posen und Westpreußen, alles daran setzen müssen, den verbliebenen deutschen Boden auf intensivste mit den nötigsten Nahrungsmitteln zu besetzen, damit wir möglichst unabhängig von dem Weltmarkt werden, auf dem wir ja, dank unserer erbärmlichen Walfuta, alle Nahrungsmittel so krankhaft teuer bezahlen müssen. Nun aber zeigt dieser Vergleich gerade eine entgegengesetzte Entwicklung. Die 1922 mit 1000000 besetzte Fläche verringerte sich auf dem Gebiet des heutigen Deutschland gegenüber 1913 um 1 180 710 Hektar, die Weizenfläche um 330 070 Hektar, die Kartoffelfläche um 1 723 669 Hektar, dagegen stieg die für Viehwirtschaft genutzte Fläche (Gras, Klee, Weiden, Viehwiesen und Hutungen) um 591 871 Hektar.

Seitdem Thomas Morus seine Utopie schrieb, gilt das Wort: „Die Schafe freisen die Menschen“ in der Nationalökonomie als ein Todesurteil über ein Volk, wenn ihm nicht, wie etwa in England, das Meer und unbeschränktes Kolonialland offen steht. Aus diesem Grunde gilt es, die Entwicklung, die in diesen amtlichen Zahlen in die Erscheinung tritt, aufmerksam zu verfolgen. Wir wissen, daß der Großgrundbesitz auf die Schwierigkeiten hinweist, mit teuren unzuverlässigen Hilfskräften zu arbeiten. Aber hier geben wir der „Bodenreform“ recht, die meint: „Dann errichte man Wirtschaftskomitee in den Gemeinden, die nicht auf fremde Arbeiter angewiesen sind. In jedem Fall muß der deutsche Boden seine Pflicht erfüllen, wenn das deutsche Vaterland aufgebaut werden soll.“

Wenn man das Sowjetfieber im Leibe hat...

Wohin kommunistische „Gewerkschaftstätigkeit“ führen kann, zeigt unter anderem auch der tschechische Fabrikarbeiterverband in der Tschechoslowakei, der ins kommunistische Lager abgewandert ist. Das „Korrespondenzblatt“ des sozialdemokratischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes berichtet darüber:

„Am die Mitte des vorigen Jahres nahm er die aus den anderen Landesverbänden ausgetretenen oder ausgeschiedenen kommunistischen Mitglieder auf und führte dadurch seinen Ausschluß aus der Gewerkschaftskommission herbei. Darauf schloß er sich der Moskauer Internationale an. Die Folge war, daß sein Mitgliederbestand trotz Neuaufnahmen von mehr als 110 000 auf 68 000 zurückging. Die Ausgetretenen sind zum größeren Teile zu den nationalsozialistischen Gewerkschaften übergetreten, zum kleineren Teile zu den Gelben und damit der Arbeiterbewegung überhaupt entfremdet worden. Wirklich ein glorreicher Erfolg! Genau so würde es anderswo gehen, wenn die Kommunisten die Oberhand bekämen.“

Es würde nicht nur anderswo so gehen, sondern es geht bereits so. Erst gelb und „vaterländisch“, dann radikal-sozialistisch oder kommunistisch, dann wieder gelb und national-sozialistisch. Der Kreis schließt sich. Wer wundert's?

Bau-Rundschau

Ueber die Lage des Baugewerbes im Januar

berichtet das „Reichsarbeitsblatt“ in Nr. 4: Die allgemeine Lage des Baugewerbes hat sich unter der Ungunst der Witterung wie der außerordentlich hohen Materialpreise weiter verschlechtert. Die wachsende Kapitalnot hat häufig zur Einstellung begonnener Bauten (Siedlungshäuser, Kolonienbauten für Beamte, Verwaltungs- und Privathäuser usw.) Anlaß gegeben. Bauarbeiten wurden fast nirgends mehr in Angriff genommen. In Süddeutschland (München und Ludwigshafen) ist die Lage aber noch etwas günstiger, zufriedenstellend auch in Gassel (Fabrikbauten).

Von der Verschlechterung des Arbeitsmarktes wurden alle Berufe betroffen. Auch für die bisher noch leidlich beschäftigten Köpfer, Steinmetzen und Dachdecker hat sich die Beschäftigungsmöglichkeit wesentlich verringert. Geringe Nachfrage bestand nur in Berlin nach Skulpturen, in Stuttgart nach Malern und Sackierern und in Hamburg nach Schiffmalern. Nach den Stichtagszählungen der wichtigeren Arbeitsnachweise hat sich die Zahl der Arbeitslosen und der unterfühligen Erwerbslosen (zum Teil der Jahreszeit entsprechend) sehr stark vermehrt.

¹⁾ Kohlen und Briketts, ferner Koks mit 75 Prozent in Koks umgerechnet.

Gegen die Stilllegung der Bautätigkeit

Der Rheinisch-Westfälische Baugewerbeverband richtet an die großen Arbeitgeberverbände in Rheinland und Westfalen den dringenden Mahnruf, nach jeder Richtung hin alle erdenklichen Einflüsse geltend zu machen und sich dafür einzusetzen, dass eine nebensächliche Einschränkung der Bauvorgaben oder gar eine Stilllegung der in Ausführung begriffenen Bauten verhindert wird.

Der deutsche Städtetag zu den sozialen Benutzungen

Im Frühjahr des vergangenen Jahres hatte der Technische Ausschuss des deutschen Städtetages den etwas unklaren Beschluss gefasst, den Städten die Förderung der sozialen Baubetriebe unter Ausschluss finanzieller Beiträge zu empfehlen.

Der Vorstand nimmt Kenntnis davon, dass über die Tätigkeit der sozialen Baubetriebe überwiegend günstige Berichte vorliegen, hält aber dafür, dass die Frage der Kapitalbeteiligung nur örtlich entschieden werden kann.

Die Interessen der Gemeinden und der sozialen Baubetriebe stimmen insofern überein, als es die Verbilligung der Wohnungsherstellung durchzusetzen gilt. Die Gemeinden werden daher zweckmäßig diese Bestrebungen fördern.

Keine Wohnungen für Ausländer

In den Großstädten, namentlich auch in Berlin, wird seit geraumer Zeit lebhafteste Sorge darüber geführt, dass trotz der bestehenden großen Wohnungsnot, die tausende deutscher Familien in den elendesten Löhern zu hausen gezwungen sind.

Die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der letzten Zeit lassen eine Verschärfung der Schwierigkeiten im Wohnungswesen erwarten. Unter diesen Umständen erscheint es weniger als je angebracht, wenn Ausländer in den Reichsland Wohnraum, der für deutsche Wohnungssuchende in Frage käme, zugewiesen wird.

Ein Rauerstein 140,- M.

Die Ziegeleibitzer scheinen allerdings den Ehrgeiz zu entdecken, den Zornbesitzer hinsichtlich der Preisgestaltung ihrer Produkte den Rang abzuhängen. Trotz des härtesten Dollarschwanges brachte es jetzt der Märkische Ziegeleibitzerbund fertig, in den letzten Tagen des Monats für 1000 Ziegel auf 131 1/2 M ab Werk (also ohne Fracht) zu erhöhen.

Im Anschluß hieran seien noch die augenblicklichen Berliner Großhandelspreise für weitere Ziegeleierzengnisse mitgeteilt:

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes Doppelstanzziegel 1000 Stück frei Berlin 390 000,-, Döberitzziegel etc. 162 150,-, etc.

Eine derartige Preisgestaltung muß dem gemeinnützigen Wohnungsbau endgültig das Genick umdrehen. Wir fordern die Regierung zum hundertsten Male auf, endlich etwas gegen diesen unsere ganze Wirtschaft lähmenden schamlosen Preiswucher zu tun!

Der deutsche Städtetag zur Baustoffbeschaffung für den Wohnungsbau

Der Städtetag-Vorstand fasste kürzlich folgenden Beschlus:

Der Vorstand stimmt den von dem Wohnungsausschuss vorgelegten Richtlinien grundsätzlich in folgender Fassung zu (wobei eine weitere Durcharbeitung der Ziffer 4 vorbehalten bleibt):

- 1. Die Baustoffausfuhr ist auf das allernotwendigste Maß einzuschränken.
2. Die Preispolitik der Baustoffhandel und Kartelle (Verkaufsvereinigungen, Händlervereinigungen und dergl.) ist einer genauen Prüfung zu unterwerfen.
3. Aus staatlichen und kommunalen Fortsetzungen ist geeignetes Holz zu mäßigen Preisen an gemeinnützig arbeitende Baustoffbeschaffungsstellen zwecks Verarbeitung und Weitergabe an die gemeinnützigen Unternehmungen, soweit diese mit öffentlichen Bauaufträgen arbeiten, bereitzustellen.

Aus dem Verbandsleben

Eine schöne Opferfreudigkeit

bekundeten die Kollegen der Ortsgruppe Schirgiswalde. Einem seit längerer Zeit erkrankten Kollegen konnten durch dreimalige Sammlung die Beträge von 5600, 8400 und 8700 Mark überreicht werden.

Die neuen Postgebühren

Gültig vom 1. März ab

Postkarten im Ortsverkehr 20 M., im Fernverkehr 50 M. Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 40 M., über 20 bis 100 g 60 M., über 100 bis 250 g 100 M., über 250 bis 500 g 120 M., im Fernverkehr bis 20 g 100 M., über 20 bis 100 g 120 M., über 100 bis 250 g 150 M., über 250 bis 500 g 180 M.

Geschäftspapiere und Briefsendungen bis 250 g 100 M., über 250 bis 500 g 120 M., über 500 g bis 1 kg 150 M.

Päckchen bis 1 kg 200 M. Pakete für die Nahzone bis 3 kg 300 M., über 3 bis 5 kg 500 M., über 5 bis 6 kg 600 M., über 6 bis 7 kg 700 M., über 7 bis 8 kg 800 M., über 8 bis 9 kg 900 M., über 9 bis 10 kg 1000 M., über 10 bis 11 kg 1150 M., über 11 bis 12 kg 1300 M., über 12 bis 13 kg 1450 M., über 13 bis 14 kg 1600 M., über 14 bis 15 kg 1750 M., über 15 bis 16 kg 1900 M., über 16 bis 17 kg 2050 M., über 17 bis 18 kg 2200 M., über 18 bis 19 kg 2350 M., über 19 bis 20 kg 2500 M.

Pakete für die Fernzone bis 3 kg 600 M., über 3 bis 5 kg 1000 M., über 5 bis 6 kg 1200 M., über 6 bis 7 kg 1400 M., über 7 bis 8 kg 1600 M., über 8 bis 9 kg 1800 M., über 9 bis 10 kg 2000 M., über 10 bis 11 kg 2300 M., über 11 bis 12 kg 2600 M., über 12 bis 13 kg 2900 M., über 13 bis 14 kg 3200 M., über 14 bis 15 kg 3500 M., über 15 bis 16 kg 3800 M., über 16 bis 17 kg 4100 M., über 17 bis 18 kg 4400 M., über 18 bis 19 kg 4700 M., über 19 bis 20 kg 5000 M.

Postanweisungen bis 1000 M. 60 M., über 1000 bis 5000 M. 90 M., über 5000 bis 10 000 M. 120 M., über 10 000 bis 20 000 M. 180 M., über 20 000 bis 30 000 M. 240 M., über 30 000 bis 40 000 M. 300 M., über 40 000 bis 50 000 M. 360 M., über 50 000 bis 100 000 M. 450 M. Reisbetrag ist von 50 000 M. auf 100 000 M. erhöht.

Wertsendungen (Briefkäse und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherunggebühr, die beträgt bis 5000 g bei Wertbriefen und versiegelten Wertpaketen: 40 M., bei unversiegelten Wertpaketen: 20 M., über 5000 bis 10 000 g 80 M. und

40 M., über 10 000 M. für je 10 000 M. oder einen Teil davon 80 M. und 40 M.

Die Einschreibgebühr ist auf 80 M., die Vorzeigebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 50 M. festgesetzt; am 15. Januar neu eingeführt ist bei Nachnahmen und Postaufträgen eine Einziehungsbühr von 1 vom jedem angefangenen Tausend der eingezogenen Beträge. Sie wird von dem eingezogenen Betrag abgezogen.

Für die Selbstbestellung sind bei Vorauszahlung zu entrichten: nach dem Ortsbestellbezirk für eine Briefsendung 120 M., für ein Paket 220 M.; nach dem Landbestellbezirk für eine Briefsendung 350 M., für ein Paket 450 M.

Paketbestellgebühren für jedes Paket 100 M. Paketausgabengebühr 30 M.

Zahlkarten bis 1000 M. einschl. 20 M., über 1000 bis 5000 M. einschl. 30 M., über 5000 bis 10 000 M. einschl. 40 M., über 10 000 bis 20 000 M. einschl. 60 M., über 20 000 bis 30 000 M. einschl. 80 M., über 30 000 bis 40 000 M. einschl. 100 M., über 40 000 bis 50 000 M. einschl. 120 M., über 50 000 bis 100 000 M. einschl. 150 M., über 100 000 bis 200 000 M. einschl. 200 M., über 200 000 bis 300 000 M. einschl. 250 M., über 300 000 bis 400 000 M. einschl. 300 M., über 400 000 bis 500 000 M. einschl. 350 M., über 500 000 bis 750 000 M. einschl. 400 M., über 750 000 bis 1 000 000 M. einschl. 450 M., von mehr als 1 000 000 M. (unbeschränkt) 500 M., für bargeldlos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 150 M. für eine Zahlkarte, für Kassenschecks, die bargeldlos beglichen werden, 1 vom Tausend des Scheckbetrags, für Vorauszahlungen mit Postcheck 3 vom Tausend des Scheckbetrags, Mindestgebühr 1 M., Pfennigbeträge werden auf volle Mark abgerundet.

Ferntelegramme: Grundgebühr 160 M. und außerdem für jedes Wort 80 M.

Ortstelegramme: Grundgebühr 80 M. und außerdem für jedes Wort 40 M.

Sterbefahel.

Am 20. Dezember 1922 starb unser treuer Kollege, der Hilfsarbeiter Franz Sasse, an Grippe. Verwaltungsstelle Essen.

Am 22. Januar 1923 starb unser treuer Kollege Hermann Plesch an Herzschlag im Alter von 38 Jahren. Verwaltungsstelle Landsberg, Ostpr.

Am 26. Januar starb nach kurzer Krankheit unser treuer und langjähriger Kollege Heinrich Kirchhoff an Kopfgrippe. Verwaltungsstelle Hildesheim.

Am 1. Februar starb nach kurzer, heftiger Krankheit unser treuer Kollege und Kassierer unseres Verbandes Walter Weich. Ortsgruppe Eldorf.

Am 8. Februar starb unser lieber und treuer Kollege Jakob Herber. Ortsgruppe Eldorf.

Am 6. Februar starb plötzlich infolge Bauchfellentzündung unser Kollege Josef Sandar (Hilfsarbeiter) im Alter von 27 Jahren. Verwaltungsstelle Bischoffstein, Ostpr.

Am 9. Februar starb infolge eines Lungenleidens unser lieber und treuer Kollege Eduard Puskallus im Alter von 45 Jahren. Verwaltungsstelle Saarbrücken.

Am 9. Februar starb unser lieber Kollege, der Maurerpolier Fritz Kühn im Alter von 63 Jahren an Ragenleiden. Verwaltungsstelle Schneidemühl.

Ehre ihrem Andenken!

Gemeinnützige

Bauproduktivenoffenschaft Oberchlefiens „Baugewerkschaft“ e. G. m. b. H. in Gleiwitz, Stefanstraße 5.

Am Dienstag, den 20. März cr., abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Gleiwitz“, Petersdorf, eine außerordentliche Generalversammlung statt.

Tagesordnung:

- 1. Erhöhung der Anteile.
2. Erweiterung des Aufsichtsrats.
gez. Rajont, gez. Knoblich, gez. Eichor.

Bauproduktivenoffenschaft

„Baugewerkschaft“ e. G. m. b. H. in Görtz. Mittwoch, den 14. März, abends 1/8 Uhr, ordentliche Generalversammlung im katholischen Vereinshaus.

Tagesordnung:

- 1. Geschäftsbericht.
2. Kassensbericht, Genehmigung der Bilanz.
3. Anträge (Erhöhung der Anteile).
4. Vorstandswahl.
5. Verschiedenes.
Paul Gensel, I. Vorsitzender des Aufsichtsrats.